Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 7-8

Artikel: Das Janusgesicht der Sozialdemokratie
Autor: Pelinka, Anton
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339552

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Anton Pelinka

Das Janusgesicht der Sozialdemokratie

Es gibt keine wertfreie Politik; es gibt keine Partei, die mit ihrer Politik nicht bestimmte gesellschaftspolitische Ziele verfolgt. Eine sozialdemokratische Partei verfolgt eine sozialdemokratische Gesellschaftspolitik, die in der Zielvorstellung einer sozialdemokratischen Gesellschaft gipfelt.

Was eine sozialistische Gesellschaft ist, das kann man in Büchern nachlesen. Die «Klassiker» des Marxismus sagen ziemlich genau, was das Wesen einer solchen Gesellschaft ausmacht – vor allem die Herrschaft der Arbeiterklasse, vor allem die «Expropriierung der Expropriateure», die Kollektivierung des Eigentums an Produktionsmitteln. Was eine sozialdemokratische Gesellschaft ist, das kann man nicht bei irgendwelchen Klassikern nachschlagen. Und doch lassen sich die Umrisse dieser Gesellschaft feststellen – sie sind freilich nicht das Ergebnis eines grossen, in sich geschlossenen, theoretischen Wurfes. Sie sind vielmehr das Produkt einer Mischung aus Theorie und Praxis; Resultat der Weiterentwicklung sozialistischer Theorie anhand politischer Praxis.

Ziele der Sozialdemokratie

Die Vorstellung von einer sozialdemokratischen Gesellschaft ist somit genau das, was man schon vor siebzig und mehr Jahren «Revisionismus» genannt hat. Für die einen, die «Orthodoxen», die wahrhaft Gläubigen, eine unzumutbare Anpassung, eine Korrumpierung der reinen Lehre; für die anderen, die Pragmatiker, hingegen eine unumgängliche Konzession an gesellschaftliche Tatsachen und an Entwicklungen, die Karl Marx eben nicht mehr erlebt hat.[1]

Die Grundzüge einer sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung lassen sich somit schon auf Grund dieser historischen Zusammenhänge von den Grundzügen einer orthodox-marxistischen Vorstellung, wie sie etwa Karl Kautsky vertreten hat[2], oder auch von einer marxistisch-leninistischen Sozialismusvorstellung abgrenzen[3]. Gleichzeitig soll aber eine sozialdemokratische Gesellschaftsordnung deutlich von einer Gesellschaft unterscheidbar sein, die das Privateigentum an Produktionsmitteln und den

grundsätzlich unbeschränkten Mechanismus des freien Marktes zur Grundlage hat – eben von einer kapitalistischen Gesellschaft.

Der Zielhorizont sozialdemokratischer Politik wäre so etwas wie der Versuch eines dritten Weges. Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik, das ist ein Weder-Noch; weder ein Kapitalismus, und sei er noch so geläutert; noch ein Sozialismus, wie er sich in der Praxis der osteuropäischen Staaten konkretisiert hat.

Diese Zwischenposition verbindet die Sozialdemokratie mit jenen Systemkritikern und Dissidenten im kommunistischen Machtbereich, die sich als Sozialisten bezeichnen, wie etwa Ota Sik, der einen «Dritten Weg» ausdrücklich proklamiert[4]; wie etwa Roy Medwedjew, der eine «linke», sozialistische Oppositionshaltung in der Sowjetunion formuliert[5].

Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik, das bedeutet zunächst Anerkennung der politischen Demokratie, Anerkennung der liberalen Grundrechte im Staat, Anerkennung des politischen Pluralismus, Anerkennung des Rechts- und Verfassungsstaates. Die Sozialdemokratie akzeptiert die Grundregeln «westlicher» Demokratie. Sozialdemokratische Gesellschaft heisst Mehrparteiensystem; heisst freie Wahlen; heisst Pressefreiheit; heisst Glaubens- und Gewissensfreiheit. Alle nichtökonomischen Freiheitsrechte werden garantiert, weil sie, im Gegensatz zu den ökonomischen Freiheitsrechten des Liberalismus, keine Ausschliessung anderer bedeuten[6].

Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik bedeutet aber auch – und das ist das zweite Unterscheidungsmerkmal gegenüber den sich sozialistisch nennenden Systemen in Osteuropa – Loslösung von der Überbetonung der Eigentums- und Klassenfrage. Für die Sozialdemokratie kumuliert der gesellschaftliche Fortschritt keineswegs in der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Schlagartige Verstaatlichungen oder andere Formen der generellen Sozialisierung gehören weder in Theorie noch in Praxis zum sozialdemokratischen Zielhorizont.[7]

An die Stelle der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln tritt freilich die allmähliche Aushöhlung – das Privateigentum wird nicht angetastet; aber die damit verbundene Verfügungsgewalt wird eingeengt, etwa durch Methoden indirekter Investitionslenkung, durch Methoden staatlicher Wirtschaftsplanung, durch innerbetriebliche Mitbestimmung. Die Eigengesetzlichkeit einer profitorientierten Wirtschaft wird dadurch verringert.

Mehr Gleichheit als Grundnorm

Das aktuelle Problem sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik in Europa ist jedoch nicht so sehr die Abgrenzung gegenüber orthodoxen oder leninistischen Sozialismusvorstellungen. Das aktuelle Problem sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik liegt in der «westlichen Demokratie»: Was bringt die Politik, die hin zu einer sozialdemokratischen Gesellschaft führen soll, der «westlichen Demokratie»? Jenem System also, das politi-

schen Pluralismus und kapitalistische Wirtschaftsordnung verbindet? Wodurch unterscheidet sich der sozialdemokratische Zielhorizont von der Situation der Gesellschaft, in der wir heute leben?

Man kann verkürzt antworten: Die Unterschiede sind nicht grundsätzlicher, sondern gradueller Natur. Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik bedeutet Herstellung von mehr Gleichheit, unter Umständen auch auf Kosten von manchen Formen der Freiheit, der Freiheit im Bereich der Wirtschaft, vor allem der Freiheit des Eigentümers, mit seinem Eigentum schalten und walten zu können.

Der «Alva-Myrdal-Report» der schwedischen Sozialdemokratie ist wohl das präziseste Dokument, das über die Grundzüge einer sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik Auskunft gibt.[8] Es ist ein Aktionsprogramm für mehr Gleichheit. Gleichheit in der Lohnpolitik – das bedeutet schrittweisen Abbau des Einkommensgefälles. Gleichheit in der Steuerpolitik – das bedeutet Verschärfung der Progression der Einkommenssteuer, das bedeutet Verschärfung der Vermögenssteuer. Gleichheit im Betrieb – das bedeutet Ausbau der innerbetrieblichen Mitbestimmung bis hin zur Mitbestimmung in der gesamten Betriebsführung. Gleichheit in der Bildungspolitik – das bedeutet Abbau der differenzierenden Schulsysteme, das bedeutet in letzter Konsequenz Gesamtschule und Ganztagsschule.

Dieses Streben nach mehr Gleichheit auf allen Ebenen ist die Grundnorm sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Dieses Streben nach mehr Gleichheit ist der schrittweise Übergang zu einer sozialdemokratischen Gesellschaft, die freilich von niemandem als perfekter Endzustand verstanden wird, sondern als immer zu korrigierendes, zu reformierendes, zu entwickelndes Zwischenstadium. Sozialdemokratische Gesellschaft – das ist keine absolute, sondern eine relative Utopie.

Der Weg dorthin fordert Kosten. Ökonomische Kosten: Jede umfassende Bildungsreform etwa belastet den Staatshaushalt. Technologische Kosten: Das Mehr an Gleichheit ist ein humanistisches Ziel, das auch dann angestrebt wird, wenn es auf Kosten der individuellen und der gesamtgesellschaftlichen Leistungsfähigkeit gehen sollte. Politische Kosten: Jede egalisierende Steuer- und Einkommenspolitik fordert den massiven Widerstand derer heraus, die sich dadurch bedroht fühlen.

Der Weg zur sozialdemokratischen Gesellschaft ist also kein bequemer, sondern ein mühsamer, ein konfliktreicher; reich an Konflikten mit den Kräften, die ihre Interessen angetastet sehen. Spürbar sind vor allem die politischen Kosten. Die schwedische Sozialdemokratie hat, als Resultat ihrer sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik, politische Kosten in einer Höhe zu tragen gehabt, die jenseits der Zumutbarkeit liegen; Kosten in Form von Stimmenverlusten in einem Ausmass, das die Regierungsfähigkeit und -möglichkeit zerstört hat.

Sozialdemokratie heisst aber nicht, Modelle um der Reinheit der sozialdemokratischen Lehre willen zu entwickeln. Sozialdemokratie heisst, in die

gesellschaftliche Wirklichkeit stückweise sozialdemokratische Reformen zu tragen. Und das kann eine Partei wie die Sozialdemokratie, die im Mehrparteiensystem steht und die das Mehrparteiensystem auch voll und uneingeschränkt bejaht, nur nach den Regeln dieses Mehrparteiensystems.

Grenzen der Sozialdemokratie

Das Mehrparteiensystem hat seine eigene Rationalität, seine eigene Gesetzmässigkeit. Diese Gesetze, wie sie etwa Anthony Downs formuliert hat, regeln die Verteilung und die Grenzen der Macht.[9] Der Grundgedanke ist, dass die Politik im Mehrparteiensystem der Wirtschaft im Marktsystem gleicht; nicht der Inhalt oder die Qualität des angebotenen (politischen) Produkts, sondern dessen Verkauf markiert den Erfolg.

Für unser Thema sind vor allem zwei Gesetze von zentraler Bedeutung, zwei Gesetze, die wiederum zwei wichtige Konsequenzen miteinschliessen. Diese zwei Gesetze sind:

1. Nur eine Partei, die mehrheitsfähig ist, ist imstande zu regieren. Die Quantität der Zustimmung von unten, und nur diese Quantität, legitimiert zur Machtausübung.
2. Eine Partei, die mehrheitsfähig sein will, will nicht Wahlen gewinnen, um ihr Programm zu verwirklichen; sie will vielmehr ein Programm formulieren, um damit Wahlen zu gewinnen.

Und die zwei Konsequenzen:

1. In einem relativ stabilen Mehrparteiensystem muss eine Partei, die mehrheitsfähig sein will, ihr Programm, ihr Erscheinungsbild und ihre politische Praxis so gestalten, dass sie ein breites Spektrum von Wählern anspricht; von Wählergruppen, die oft höchst unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen vertreten. Eine Partei darf sich daher den Luxus eines eindeutigen, klaren Programms, eines ebensolchen Erscheinungsbildes und einer ebensolchen Praxis gar nicht leisten.
2. Will eine Partei eine Gesellschaftspolitik betreiben, die über die bestehenden Zustände grundsätzlich hinausgreift und die gleichzeitig keine Mehrheit in der Bevölkerung findet, so muss diese Partei zunächst das Bewusstsein der Bevölkerung, das heisst der entscheidenden Wählerschichten, so formen, dass ihre Gesellschaftspolitik mehrheitsfähig wird – die Partei muss primär Bildungspolitik betreiben, sie muss die herrschenden Sozialisationsmuster verändern. Dazu braucht sie Macht. Dazu aber braucht sie eine Mehrheit. Dazu aber braucht sie ein mehrheitsfähiges Programm, ein mehrheitsfähiges Erscheinungsbild, eine mehrheitsfähige Praxis. Anders ausgedrückt: Eine Partei, die das Ziel einer sozialdemokratischen Gesellschaft hat, die dieses Ziel aber auch schrittweise derzeit nicht verwirklichen kann, diese Partei muss zunächst die Mehrheit unter Verzicht auf ihre eigentlichen Ziele gewinnen, um dann die Mehrheit allmählich für diese eigentlichen Ziele einzustimmen.

Hier ist das Problem der aktuellen Sozialdemokratie: Der erste Schritt – Gewinnung der Mehrheit unter Verzicht auf die Ziele – gelingt leichter als der zweite, die Gewinnung der Mehrheit für die Ziele. Die Sozialdemokratie ist ständig in Versuchung, auf diesen zweiten Schritt zu vergessen; Mehrheit um der Mehrheit, Macht um der Macht willen zu erhalten.

Von der Klassenpartei zur Volkspartei

Das erste der erwähnten Gesetze hat eine teilweise Änderung des Charakters sozialdemokratischer Parteien bewirkt. Die Alternative, entweder im Ghetto einer machtlosen Minderheit zur Sekte zu erstarren oder aber im Konkurrenzkampf um die Stimmen der entscheidenden Wählerschichten zur Mehrheit zu werden, führt zu einem Anpassungssog. Eine sozialdemokratische Partei, etwa in Österreich, braucht gewisse katholische Randschichtenwähler – also muss sie ihr Verhältnis zur katholischen Kirche verbessern; also muss sie auf ein gewisses Profil verzichten, etwa auf die alte sozialdemokratische Vorstellung von der staatlichen Einheitsschule. Eine sozialdemokratische Partei, etwa in Österreich, braucht gewisse bürgerliche Randschichtenwähler – die man, mangels genauer Definitionsmöglichkeiten, mit der Etikette «liberal» versieht; also muss sich die sozialdemokratische Partei «liberal» geben, das heisst sozialdemokratische Vorstellungen vor allem in der Wirtschaftspolitik hintanstellen; sie muss abermals auf ein gewisses Profil verzichten. Eine sozialdemokratische Partei, gerade in Österreich, braucht ein Klima des «sozialen Friedens» – was immer das auch bedeuten mag; also muss sie mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zumindest auskommen, zumindest einen Modus vivendi finden, auch wenn sie diese Gruppen als Wähler nicht direkt braucht – zum Beispiel Unternehmer; also muss sie weitergehende Umverteilungspläne vergessen, muss die Partei sich «sozialpartnerschaftlich» verhalten, muss sie abermals auf Profil verzichten.

Was bedeutet das für den Charakter einer sozialdemokratischen Partei? Sie wird zur «Volkspartei», und sie wird zur «Wählerpartei».[10]

In ihren Anfängen waren alle sozialdemokratischen Parteien Europas «Klassenparteien»; sie wollten die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, sie waren Ausdruck einer in sich geschlossenen, homogenen gesellschaftlichen Gruppe. Heute müssen sozialdemokratische Parteien verschiedene Interessen ansprechen und vertreten, Interessen, die unterschiedlich, ja gegensätzlich sind. In ihren Anfängen waren alle sozialdemokratischen Parteien Europas «Massen- und Mitgliederparteien»; ihr Aufbau war als demokratische Pyramide gedacht, mit den Mitgliedern als Basis. Heute sind die sozialdemokratischen Parteien, unabhängig von ihrer nach wie vor sehr hohen Organisationsdichte, von ihrer oft nach wie vor wachsenden Mitgliederzahl, in erster Linie Wählerpartei, in dem Sinne, dass die Politik der Parteispitze notwendig an den entscheidenden Grenzwählerschichten ausgerichtet ist.

Damit ist das zweite der beiden oben erwähnten Gesetze aus dem ersten Gesetz heraus begründet. Sozialdemokratische Parteien können nicht sozialistische Programmparteien im alten Sinn sein; sie würden sonst gegen die Regeln des Mehrparteiensystems verstossen und erbarmungslos ins Eck einer permanenten Minderheitspartei abgedrängt werden.

Die Konsequenz aus dieser Einsicht kann entweder sein, dass die sozialdemokratischen Parteien auf ihre gesellschaftspolitischen Leitbilder verzichten; von der Sozialdemokratie nur noch den Namen behalten; zu einer de facto konservativen Partei werden, die – im Konkurrenzkampf mit anderen konservativen Parteien – Wählerstimmen maximieren, ohne Rücksicht darauf, was mit der so gewonnenen Macht darüber hinaus angefangen werden könnte und sollte.

Die Konsequenz kann aber auch sein, dass die Sozialdemokratie heute um ihre Mehrheit von übermorgen, um eine Mehrheit für eine sozialdemokratische Gesellschaftspolitik von übermorgen kämpft. Das Ziel wäre dann, in erster Linie die Bildungspolitik als Hebel zur langfristigen Bewusstseinsänderung einzusetzen.

Strategien der Sozialdemokratie

Bei einer solchen, auf langfristige Bewusstseinsänderung abgestellten Strategie ist von zwei Grundsätzen auszugehen. Der erste Grundsatz ist, dass es keine politisch neutrale Bildungspolitik gibt; dass jedes Bildungssystem politischen Werten verbunden ist; dass eine sozialdemokratische Steuerung des Bildungssystems nicht eine Politisierung, sondern eine Umpolitisierung wäre. Der zweite Grundsatz ist, dass eine solche, als Strategie geplante sozialdemokratische Bildungspolitik am Wert sozialer Gleichheit und, damit verbunden, am Wert der Demokratisierung ausgerichtet sein muss.

Diese sozialdemokratische Strategie zielt auf die Sozialisation, auf einen umfassenden Prozess, der mit Lernen ganz allgemein gleichgesetzt werden kann. Die Sozialisation kann grundsätzlich auf eine doppelte Weise demokratisiert und egalisiert werden – sie kann in den Sozialisationsbereichen (Familie, Schule, Medien usw.) durch teilweise Übertragung demokratischer Elemente demokratisiert werden; und sie kann, zweitens, durch eine verstärkte Förderung sozial schwacher Schichten zu einer demokratisierenden Ausstrahlung auf die gesamte Gesellschaft gebracht und so egalisiert werden.[11]

Als Beispiele für eine sozialdemokratische Strategie im Bereich der Sozialisation sollen Eckwerte dieser Strategie in den Bereichen Familie und Schule angedeutet werden. Vor allem der nach wie vor von der Familie beherrschte Bereich der primären Sozialisation ist der wirksamste, gleichzeitig aber der am wenigsten politisch lenkbare Bereich. Der Bereich der Schule ist zwar, verglichen mit der primären Sozialisation, weniger prägend, jedoch politisch leichter zu steuern.

Die Sozialisation, wie sie von der Familie vorgenommen wird, tendiert zur Verewigung vorhandener sozialer Ungleichheit. In der Familie werden auch nach wie vor Verhaltensmuster weitergegeben. Nach wie vor werden politische Einstellungen durch die Familie ebenso vererbt wie soziale Schichtung. Eine sozialdemokratische Politik, die Demokratisierung und Egalisierung erreichen will, muss im Bereich der Familie folgende konkrete Ziele haben:

- Abbau der Statusvererbung durch Abbau gesellschaftlich verursachter Ungleichheit.
- Abbau der geschlechtsspezifischen Einstellungen – über die Änderungen des Familienrechts hinaus eine Änderung des Bewusstseins, die die Rollengleichheit von Frau und Mann anstrebt.
- Abbau der Autorität in der Familie in Richtung auf funktionale Autorität – gestufte Mitbestimmung, offene Konfliktaustragung, Verantwortlichkeit elterlicher Autorität.
- Ausbau der kompensatorischen Erziehung – die primäre Sozialisation bedarf der Korrektur, vor allem durch die Schule.

Will man die Sozialisation nicht dem Zufall der Vererbung, dem Zufall des Geschlechts und dem Zufall des Elternhauses allein überantworten, muss ein Korrektiv gefunden werden. Die Korrektur des Zufalls der Geburt ist mit ein Inhalt sozialdemokratischer Bildungspolitik, mit eine Methode der Bewusstseinsänderung. Deshalb muss sozialdemokratische Bildungspolitik, die sich als Teil der gesamten sozialdemokratischen Strategie versteht, immer auf mehr Schule, niemals auf weniger Schule zielen.

Damit diese Möglichkeit der Korrektur genützt wird, muss die Schule bestimmte politische Werte, muss die Schule insbesondere Demokratie vermitteln. Demokratie kann in der Schule zweifach gelernt werden: als Prinzip des Unterrichts und als Gegenstand des Unterichts.[12] Als Unterrichtsprinzip bedeutet Demokratie sowohl Verdünnung als auch Funktionalisierung der Autorität der Lehrenden. Autorität darf in der Schule niemals als Selbstzweck, sondern immer nur als Mittel zum Zweck, also als hinterfragbar und kontrollierbar erlebt werden. Das demokratische Verhalten, das so in die Schule einzieht, muss ergänzt werden durch demokratisches Wissen. Politische Bildung macht die Demokratie zum Unterrichtsgegenstand. Diese Verbindung von Unterrichtsprinzip und Unterrichtsgegenstand dient der langfristigen Änderung eines Bewusstseins, das von der traditionellen, autoritätsreichen Schule nicht immer und nicht unbedingt in Richtung Demokratie gebildet wurde und wird.

Zu diesen Aufgaben inhaltlicher Kompensation treten die Aufgaben gesellschaftlicher, methodischer Kompensation. Die Schule ist für eine sozialdemokratische Gesellschaftspolitik auch Korrektiv sozialer Ungleichheit. Vorschule, Ganztagsschule und Gesamtschule sind Massnahmen, die geeignet sind, die bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten allmählich

zu verringern. Sozialdemokratische Bildungspolitik bedeutet, die Schule nicht als Verstärkung angeborener Ungleichheit, sondern als deren Korrektur einzusetzen.

Balanceakt der Sozialdemokratie

Die Situation, in der sich die Sozialdemokratie heute befindet, ist eine dialektische. Die Sozialdemokratie will die Gesellschaft in einem bestimmten politischen System und unter Einhaltung der Regeln dieses Systems verändern, eines Systems, das eher änderungsfeindlich ist, das durch Beharrungstendenzen sich auszeichnet. Die Sozialdemokratie ist zu einem Balanceakt gezwungen. Sie ist gezwungen, ein Janusgesicht zu entwickeln: nach innen – gegenüber ihrer Tradition, gegenüber deren Gralshütern, gegenüber ihrem eigenen Gewissen – muss die Sozialdemokratie Opposition zu bestehenden Verhältnissen sein, muss sie ihren Änderungswillen betonen. Nach aussen – gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Medien, gegenüber den entscheidenden Grenzwählerschichten – muss die Sozialdemokratie Garant der allgemein akzeptierten Errungenschaften sein, muss sie ihren Änderungswillen, wenn schon nicht verleugnen, so doch vorsichtig dosieren.[13]

Für die Kritiker von «links» – Marxisten aller Schattierungen, die als Privatpersonen nicht den Gesetzmässigkeiten des Mehrparteiensystems unterworfen sind – ist das zweite Gesicht Verrat; kann das erste Gesicht nicht ehrlich sein. Für die Kritiker von «rechts» – andere Parteien, die, eben weil sie den Gesetzmässigkeiten des Mehrparteiensystems unterworfen sind, der Sozialdemokratie den «Schwarzen» oder «Roten» Peter des Extremismus und der Radikalität zuspielen wollen – für diese Kritiker ist das erste, nach innen gerichtete Gesicht Bedrohung; kann das zweite Gesicht nicht ehrlich sein.

Das Problem für die Sozialdemokratie ist, dass beide Gesichter ehrlich sein müssen. Wenn die Sozialdemokratie Macht will (Macht, um verändern zu können), muss sie ihr zweites Gesicht haben, muss sie als relativ brave, relativ harmlose, garantiert ungefährliche Partei der Mitte auftreten; und da sie ja nicht nur einmal Wahlen gewinnen will, muss sie dieses Gesicht langfristig bewahren. Wenn die Sozialdemokratie Sozialdemokratie bleiben will, muss sie ihr erstes Gesicht haben, darf sie nicht zur bloss technischen Agentur der Machtvermittlung werden, muss sie deutlich machen, dass sie Macht nicht um der Macht willen anstrebt.

Aus dieser Dialektik, aus dieser mühsamen Balance gibt es keinen Ausweg – es gäbe nur den Absturz; den spektakulären, der Machtverlust bedeutet; und den schleichenden, den man wegdiskutieren kann, der jedoch Substanzverlust bedeutet. Die Sozialdemokratie muss lernen, im Sowohl-Als-auch zu existieren.

Anmerkungen:

1 Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Bonn-Bad Godesberg 1973; Thomas Meyer, Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Bonn-Bad Godesberg 1977.

2 Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik (1899), Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1976; zur Kritik an Kautsky vgl. Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968.

3 Panajot Gindew, Sozialistische Demokratie und ideologischer Klassenkampf, Berlin (DDR) 1973; Pjotr Jemeljanowitsch Nedbailo, Einführung in die marxistische Rechts- und Staatstheorie, Köln 1973.

4 Ota Sik, Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg 1972.

5 Roy Medwedjew, Sowjet-Bürger in Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie, Hamburg 1973.

6 Zur Differenzierung des Begriffes Freiheit vgl. Anton Pelinka, Dynamische Demokratie. Zur konkreten Utopie gesellschaftlicher Gleichheit, Stuttgart 1974.

7 Vgl. dazu Punkt 3.2 des Entwurfes für das neue Parteiprogramm der SPÖ: «Wir halten nicht grundsätzlich eine weitere Vergrösserung jenes Teiles des Sozialproduktes, der durch den Staat und öffentliche Einrichtungen umverteilt wird, zur Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft für notwendig.»

8 Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. Der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokraten, Reinbek 1971.

9 Anthony Downs, Ökonomische Theorie der Politik, Tübingen 1968.

10 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahrsschrift, März 1965; Maurice Duverger, Party Politics and Pressure Groups. A Comparative Introduction, London 1972.

11 Richard E. Dawson and Kenneth Prewitt, Political Socialization, Boston 1969; Beatrice Caesar, Autorität in der Familie. Ein Beitrag zum System schichtenspezifischer Sozialisation, Reinbek 1972.

12 Wilfried Gottschalch, Soziologie der politischen Bildung, Frankfurt 1970; Rolf Schmiederer, Zur Kritik der Politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des politischen Unterrichts, Frankfurt 1972.

13 Der Begriff des Janusgesichtes für die dialektische Situation, in der sich die Sozialdemokratie befindet, findet sich auch bei Duverger – freilich bezogen auf die Situation «westlicher» Demokratie schlechthin. Maurice Duverger, Demokratie im technischen Zeitalter. Das Janusgesicht des Westens, München 1973.

Dr. Anton Pelinka ist ordentlicher Professor an der Universität Innsbruck. Gleichzeitig ist er bekannter sozialdemokratischer Publizist und damit ständiger Mitarbeiter der SPÖ-Zeitschrift «Zukunft». Dort ist auch der vorstehende Beitrag zuerst erschienen. Red.